



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 21.6.2017
C(2017) 4183 final

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 21.6.2017

**über die Bereitstellung von Mitteln im Rahmen der Friedensfazilität für Afrika zulasten
des 11. Europäischen Entwicklungsfonds zur Unterstützung der
Menschenrechtsbeobachter- und Militärexpertenmission der Afrikanischen Union in
Burundi**

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 21.6.2017

über die Bereitstellung von Mitteln im Rahmen der Friedensfazilität für Afrika zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds zur Unterstützung der Menschenrechtsbeobachter- und Militärexpertenmission der Afrikanischen Union in Burundi

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/322 des Rates vom 2. März 2015 über die Durchführung des 11. Europäischen Entwicklungsfonds¹, insbesondere auf Artikel 15,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/323 des Rates vom 2. März 2015 über die Finanzregelung für den 11. Europäischen Entwicklungsfonds², insbesondere auf Artikel 26,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Kommission hat mit dem Beschluss C(2014) 4907 vom 15. Juli 2014 das Aktionsprogramm 2014-2016 und den Finanzierungsbeschluss für die Friedensfazilität für Afrika (APF) angenommen.
- (2) Das allgemeine Ziel der gemäß dem Internen Abkommen über den 11. Europäischen Entwicklungsfonds EEF³ (im Folgenden „Internes Abkommen“) zu finanzierenden APF ist die Förderung von Frieden, Stabilität und Sicherheit in Afrika als Grundlage für eine langfristig nachhaltige Entwicklung. Mit der Friedensfazilität für Afrika wird die Umsetzung der Partnerschaft für Frieden und Sicherheit im Rahmen der gemeinsamen Strategie Afrika-EU unterstützt, die am 9. Dezember 2007 auf dem zweiten Afrika-EU-Gipfel in Lissabon angenommen und mit dem auf dem dritten Afrika-EU-Gipfel in Tripolis vom 29. und 30. November 2010 beschlossenen zweiten Aktionsplan zu Frieden und Sicherheit in Afrika bestätigt wurde.
- (3) Der Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union (AU PSC) hat auf seiner 515. Tagung am 13. Juni 2015 in Johannesburg die sofortige Entsendung von Menschenrechtsbeobachtern und Militärexperten nach Burundi beschlossen.
- (4) Im Rahmen der Maßnahme „Unterstützung der Menschenrechtsbeobachter- und Militärexpertenmission der Afrikanischen Union in Burundi“ wird finanzielle Unterstützung aus der APF für die Menschenrechtsbeobachter- und Militärexpertenmission in Burundi bereitgestellt. Das Hauptziel dieser Maßnahme ist die finanzielle Unterstützung der Kommission der Afrikanischen Union, um die Entsendung ihrer Mission nach Burundi zu ermöglichen. Ziel dieser Mission der

¹ ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 1.

² ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 17.

³ Internes Abkommen zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgesehenen Hilfe der Europäischen Union im Rahmen des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von finanzieller Hilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Anwendung findet (ABl. L 210 vom 6.8.2013, S.1).

Afrikanischen Union (AU) ist es in erster Linie, einen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheitslage in Burundi zu leisten und die Bemühungen der AU um eine dauerhafte Lösung der Krise durch eine regelmäßige Berichterstattung der Mission des Friedens- und Sicherheitsrates über mögliche Verstöße gegen Menschenrechte, die Umsetzung des Abrüstungsprozesses und die Sicherheitslage in Burundi zu unterstützen.

- (5) Mit einer Verbalnote vom 7. Oktober 2016 beantragte die Kommission der Afrikanischen Union die Bereitstellung von 10 000 000 EUR aus dem APF-Finanzrahmen für friedensunterstützende Maßnahmen zur Unterstützung der Mission vom 1. November 2016 bis zum 31. Oktober 2017, um die bereits seit der ersten Entsendung der Mission vom Juli 2015 bis 31. Oktober 2016 im Rahmen des Schnellreaktionsmechanismus der APF geleistete Unterstützung fortzusetzen. Die beantragten Mittel sollen in erster Linie die Gehälter und Zulagen der Menschenrechtsbeobachter und Militärexperten sowie die operativen Kosten der Mission decken.
- (6) Nach einer positiven Bewertung durch die Dienststellen der Kommission und den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) hat das Politische und Sicherheitspolitische Komitee des Rates am 10. Januar 2017 Einvernehmen über die politische Angemessenheit der Bereitstellung der beantragten Unterstützung in Höhe von bis zu 10 000 000 EUR für die Menschenrechtsbeobachter- und Militärexpertenmission der Afrikanischen Union in Burundi für den Zeitraum vom 1. November 2016 bis 31. Oktober 2017 erzielt.
- (7) Es ist daher angebracht, der Kommission der AU einen Betrag von 10 000 000 EUR zulasten des APF-Finanzrahmens für friedensunterstützende Maßnahmen zur Verfügung zu stellen. Gemäß dem Finanzierungsbeschluss C(2014) 4907 ist für die Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung einer neuen friedensunterstützenden Maßnahme unter afrikanischer Führung ein Beschluss der Kommission erforderlich.
- (8) Die Kommission sollte der im Anhang dieses Beschlusses genannten Einrichtung – vorbehaltlich des Abschlusses einer Übertragungsvereinbarung – Haushaltsvollzugsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung übertragen. Der zuständige Anweisungsbefugte hat im Einklang mit Artikel 60 Absatz 1 Buchstabe c und Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012, der gemäß Artikel 2 Absatz 1 und Artikel 17 der Verordnung (EU) Nr. 2015/323 Anwendung findet, sicherzustellen, dass diese Einrichtung ein Niveau des Schutzes der finanziellen Interessen der Europäischen Union gewährleistet, das dem für die Verwaltung von Mitteln der Europäischen Union durch die Kommission erforderlichen Niveau entspricht. Die Kommission der Afrikanischen Union wurde einer Bewertung gemäß der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 unterzogen. Obgleich die Ergebnisse dieser Überprüfung für die Bereiche Auftragsvergabe, Buchführung, und nachgeordnete Bevollmächtigung nicht zufrieden stellend waren, vertritt der zuständige Anweisungsbefugte die Auffassung, dass der AU-Kommission auf der Grundlage der langjährigen Zusammenarbeit Haushaltsvollzugsaufgaben übertragen werden können, vorbehaltlich der Umsetzung der Abhilfemaßnahmen gemäß Abschnitt 5.3.1 des Anhangs, die in die Besonderen Bedingungen der Übertragungsvereinbarung aufgenommen werden.
- (9) Die Zahlung etwaiger Verzugszinsen sollte auf der Grundlage des Artikels 92 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 und des Artikels 111 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 gestattet werden, die gemäß Artikel 2

Absatz 1 und Artikel 29 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 2015/323 Anwendung finden –

BESCHLIESST:

Artikel 1

Annahme der Maßnahme

1. Die Bereitstellung von Mitteln im Rahmen der Friedensfazilität für Afrika zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds zur Unterstützung der Menschenrechtsbeobachter- und Militärexpertenmission der Afrikanischen Union in Burundi wird genehmigt.

Die Maßnahme umfasst Folgendes:

Anhang: Unterstützung der Menschenrechtsbeobachter- und Militärexpertenmission der Afrikanischen Union in Burundi

2. Im Hinblick auf die Gewährleistung einer wirtschaftlichen Haushaltsführung werden die Abhilfemaßnahmen gemäß Abschnitt 5.3.1 des Anhangs genehmigt.

Artikel 2

Haushaltsvollzugsarten

Die Haushaltsvollzugsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung können vorbehaltlich des Abschlusses der entsprechenden Vereinbarungen der im Anhang zu diesem Beschluss genannten Einrichtung übertragen werden.

Die erforderlichen Elemente nach Artikel 94 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012, der im Einklang mit Artikel 2 Absatz 1 und Artikel 26 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung findet, sind im Anhang dieses Beschlusses aufgeführt.

Geschehen zu Brüssel am 21.6.2017

*Für die Kommission
Neven Mimica
Mitglied der Kommission*